Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur Paul Baldauf. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 82.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.80 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.80 Mk., monatlich 4.60 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 200 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Platz im Gas dem Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 153 — Dienstag, den 6. Juli 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Reichswehrminister Geßler und General von Seeckt reisen zur Mitwirkung bei den Verhandlungen bezüglich der Entwaffnung nach Spa.

*

Die Entente hat die deutsche Beschwerdenote wegen der Schwarzen im besetzten Gebiet abgelehnt.

*

Geheimrat Professor Max Klinger, der große deutsche Maler und Bildhauer, ist am 4. Juli in Großgrna a. d. Unstrut gestorben.

*

Polnische Kampfscharen schossen in Gilgenburg auf deutsche Ansammlungen zum Empfange der Abstimmungsberechtigten.

Die Verhandlungen in Spa.

Die erste Besprechung der Konferenz fand gestern vormittag 11 Uhr im Schlosse de la Freineuse unter dem Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten de la Croix statt. An der Konferenz nahmen teil von belgischer Seite Ministerpräsident de la Croix, der Minister des Aeußern Hymans und der Minister des Innern Jaspar; von englischer Seite Premierminister Lloyd George, Staatssekretär des Aeußern Lord Curzon und Sir L. Worthington Evans; von französischer Seite Ministerpräsident Millerand, Finanzminister Marsal und der Minister der öffentlichen Arbeiten Le Troqueur; von italienischer Seite der Minister des Aeußern Graf Sforza und Bertolini; von japanischer Seite der Botschafter in London Graf Chinda; von deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, Minister des Aeußern Dr. Simons, Finanzminister Dr. Wirth und Ernährungsminister Hermes.

Sofort nach dem Eintreffen der deutschen Delegierten, denen an der linken Seite des in Hufeisenform aufgestellten Tisches Plätze neben den Japanern reserviert waren, wurde ohne formelle Begrüßung in die Verhandlung eingetreten und zunächst die

Tagesordnung

festgesetzt, welche die folgenden Punkte umfassen soll: Durchführung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages, die Frage der Wiedergutmachung, die Kohlenfrage, die Frage der Durchführung der Bestrafung der sogenannten Kriegsverbrecher, die Danziger Frage.

Reichskanzler Fehrenbach

erklärte hierauf, nachdem er seiner Genugtuung über das Zustandekommen kontradiktorischer Verhandlungen Ausdruck gegeben hatte, daß es der feste Wille der deutschen Delegation und des ganzen deutschen Volkes sei, die Friedensbedingungen loyal durchzuführen. Zur Verhandlung der militärischen Frage würde allerdings die Anwesenheit des Reichswehrministers und des Generals von Seeckt notwendig sein, die, als man gestern von der bevorstehenden Erörterung der militärischen Frage erfahren habe, sofort dringend herbeigebeten worden seien, aber nicht vor morgen nachmittag eintreffen könnten. Die Konferenz beschloß, die Ankunft der Herren abzuwarten.

Auf eine Frage des Reichskanzlers, ob vielleicht zu der Besprechung der Bestrafung die Anwesenheit des deutschen Justizministers erforderlich sei, wurde geantwortet, daß sie dringend erwünscht sei. Es würden übrigens auch der englische Lordkanzler und der französische Justizminister erscheinen. Nachdem Reichskanzler Fehrenbach darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der deutsche Justizminister gleichzeitig Vizekanzler sei und, da der Reichstag jetzt tage, die gleichzeitige längere Abwesenheit des Reichskanzlers und des Vizekanzlers zu Unzuträglichkeiten führen würde, beschloß die Konferenz, die Frage der Bestrafung bereits am Donnerstag zu besprechen. Die Konferenz vertagte sich hierauf.

Die Dauer der Konferenz.

Nach Pariser Telegrammen soll Lloyd George mit einer Dauer von 12 bis 14 Tagen für die Konferenz in Spa rechnen.

Sowjetrußland rechnet auf ein für Deutschland schlechtes Ergebnis.

Nieuwe Courant bemerkt anläßlich des Abbruches der Londoner Verhandlungen mit Krassin, daß es die Sowjetregierung wahrscheinlich mit diesen Verhandlungen gar nicht so eilig habe, weil sich in der nächsten Zukunft mancherlei ereignen könnte, was für die Sowjetregierung vorteilhaft wäre. So könne z. B. das Ergebnis der Konferenz von Spa Deutschland für den Bolschewismus reif machen, und ferner der Krieg gegen Polen möglicherweise von Erfolg sein. Aufschub sei deshalb augenblicklich für Moskau die gegebene Taktik.

Gedankenaustausch und Mitarbeit.

Der Amsterdamer Telegraaf glaubt, daß die Alliierten in Spa der deutschen Delegation Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über die Entschädigungsfrage geben werden, um die Möglichkeit fruchtbarer Zusammenarbeit zu schaffen. Man müsse einen Unterschied machen zwischen Bedingungen, welche dem Besiegten diktiert werden, und solchen, welche die loyale Mitarbeit des Besiegten im Friedenszustand erfordern. Eine Mitarbeit des Besiegten, die jedermann als unumgänglich notwendig einsehe, könne unmöglich durch Machtmittel erzwungen werden. Spa könne die Grundlagen zu einer Annäherung zwischen den früheren Feinden legen, eine Annäherung, welche Europa dringend braucht, und die auch für die Entwicklung des Völkerbundes notwendig sei.

Zur Frage der Entwaffnung.

Der französische General Nollet, der Führer der interalliierten Mission in Berlin, empfing einige Journalisten und erklärte ihnen: Die Entwaffnung Deutschlands sei wirklich eine sehr schwierige Frage. Bis jetzt sei zwar eine große Anzahl Geschütze, Munition und Gewehre zerstört worden. Aber es sei eine langwierige Arbeit, denn man befinde sich einem imperialistischen Feinde und Leuten gegenüber, denen ein Traum zerstört und die Zukunft vernichtet worden sei. Daraus gehe hervor, daß jeder Schritt in der Richtung der Entwaffnung für sie eine peinliche Aktion sei. Sicherlich sei der Imperialismus, wie er in der Person des Kaisers verkörpert gewesen sei, im Schwinden begriffen. Aber der Kastengeist und der militärische Geist seien unberührt und würden immer noch drohender. Namentlich in den höheren Kreisen und an der Universität herrsche der Geist und leiste den größten Widerstand. Wie der Soir meldet, ist General Walsh, der Adjutant der Kommission des Generals Nollet, am Sonntag vormittag in Brüssel eingetroffen mit einem ausführlichen Bericht über die militärische Lage Deutschlands zum Ende Juni 1920.

Drei deutsche Denkschriften.

Die in Spa überreichten deutschen Denkschriften über Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und über die Wiedergutmachung liegen jetzt gedruckt vor. Es ist noch eine dritte Denkschrift überreicht worden, welche die deutschen Steuerverhältnisse zum Gegenstande hat, die bereits in der Denkschrift über Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erörtert werden. Die Denkschrift über Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist das Ergebnis eines bereits mitgeteilten Gutachtens, um das die deutsche Regierung eine Anzahl hervorragender Sachverständiger über den gegenwärtigen Zustand des deutschen Wirtschaftslebens und das Ausmaß seiner Leistungsfähigkeit ersucht hat. Unter den Sachverständigen befindet sich u. a. Geheimer Kommerzienrat Marwitz-Dresden (Generaldirektor der Dresdner Gardinen- und Spitzen-Manufaktur).

Samoa wünscht die deutsche Verwaltung zurück.

Zu den wichtigsten Revisionspunkten von Spa gehören die kolonialen Bestimmungen des Vertrages von Versailles. Gegenüber dem Märchen von der deutschen Unfähigkeit zu kolonisieren, kommt gerade zur rechten Zeit die Denkschrift eines europäischen Pflanzers aus der früheren deutschen Kolonie Samoa, die bekanntlich auf Grund des Friedensvertrages an Neuseeland gekommen ist. Die Denkschrift enthält Notschreie der samoanischen Pflanzer, und zwar nicht nur gegen die wirtschaftliche, sondern auch gegen die kulturelle Verwaltung der Insel durch Neuseeland und sie stellt die Mißstimmung der Europäer aus Samoa gegen die Verwaltung fest. Dabei vergleicht sie die Verhältnisse, die unter der deutschen Verwaltung bestanden, mit den heutigen und kommt zu dem Schluß, die Mehrzahl der Bewohner Samoas, einschließlich der Eingeborenen, wünsche die deutsche Verwaltung zurück. — Die Denkschrift ist unseren Unterhändlern als Material mit nach Spa gegeben worden.

Die Bevölkerung von Spa.

Die Bevölkerung von Spa ist keineswegs so deutschfreundlich, wie es die belgische Presse glauben machen möchte. Die Behörden, Post usw., sind zuvorkommend, nur das Blättchen Die Tribüne von Spa bringt die Ankunft unserer Delegation unter der Ueberschrift Die Repräsentationsboches, eine alte vernunftlose Methode, die von dem Geist der Sachlichkeit, die Spa beherrschen sollte, unangenehm absticht. Fast zwei Jahre nach dem letzten Schuß läuft die große Trennungslinie noch immer durch die Welt und wird sinnlos und künstlich aufrechterhalten. Die Versuche, vernünftig und sachlich über zukünftige Dinge zu reden, sind noch zu unsicher und tastend. Englische Herren waren davon überzeugt, daß man in Spa zu einem positiven Ergebnis kommen müsse.

Die Spa-Denkschriften der deutschen Regierung.

Die Denkschrift über Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

In der Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung, die von der deutschen Regierung der Entente vor der Konferenz von Spa übergeben wurde wird dargelegt, daß das deutsche Volksvermögen vor dem Kriege von vielen Seiten überschätzt worden ist. Auf Grund der Veranlagung zum Wehrbeitrag wird man es für die Zeit vor dem Kriege auf etwa 220 Milliarden Mark Gold beziffern dürfen. Dieses Vermögen ist durch den Verlust der Kolonien, der Unternehmungen im Auslande, der Abtretungen usw., durch die Wirkungen von Krieg und Kriegsfolge sehr stark vermindert worden. Für Deutschland seiner Schiffe und seiner Auslandsguthaben verlustig gegangen ist, kann die Zahlung im wesentlichen nur durch die Ausfuhr von Waren beglichen werden.

Die Denkschrift schildert sodann den Zustand der verschiedenen Zweige der deutschen Volkswirtschaft und kommt zu folgendem Schluß: Hat man das Volksvermögen vor dem Kriege mit 220 Milliarden angenommen, so wird man heute nach den Abtretungen im Osten und Westen, nach Verlust der gesamten Handelsflotte, nach Abstoßen der ausländischen Wertpapiere, nach Verbrauch aller Warenvorräte und nach sechsjähriger Abnutzung aller Produktionsmittel, höchstens von 100 Milliarden reden können. Davon sind noch Auslandsschulden abzuziehen, die 8—10 Milliarden erreichen dürften.

Den verminderten produktiven Kräften steht allein aus dem Warenverkehr eine Verschuldung von etwa 50 Milliarden Mark gegenüber. Diese Waren sind teils auf Kredite gekauft, teils mit Banknoten bezahlt worden, von denen etwa 20 Milliarden Mark im Ausland sein dürften. Für die nächste Zeit wird man mit einer deutschen Ausfuhr von vielleicht 35—40 Milliarden Mark Papier rechnen können. Ihr steht eine Einfuhr von vielleicht 80 Milliarden Mark an Lebensmitteln und Rohstoffen gegenüber. Die deutsche Handelsbilanz ist also passiv. Sie kann nur aktiv werden, wenn die deutsche Industrie in so großem Umfange zu arbeiten vermag, daß sie zur Deckung des inneren Bedarfs ausreicht und die gesamte Einfuhr bezahlen kann. Sie kann erst wieder aktiv werden, wenn Deutschland sich völlig erholt hat. Im Gegensatz dazu setzt aber die Erfüllung des Friedensvertrages eine aktive Handelsbilanz voraus.

Die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft ist ohne Gesundung des deutschen Geldwesens nicht möglich. Die Gesundung des deutschen Geldwesens hängt von der Regelung der deutschen Finanzen, insbesondere von der Regelung der schwebenden Schulden ab. Die Regelung des Finanzwesens wird endlich von der Höhe und der Form der Entschädigungsverpflichtung bedingt. Die Steuern, insbesondere die direkten Steuern, sind sehr stark angeschwollen. Die indirekten Steuern lassen sich zurzeit nicht wesentlich erhöhen. Man kann nicht durch Verbrauchsabgaben den Konsum verteuern, während man gleichzeitig 10 Milliarden Mark zu seiner Verbilligung einsetzen muß. Die kritische Lage des deutschen Finanzwesens kann auch nicht durch das Gewaltmittel eines Staatsbankrotts gerettet werden. Da große Mengen Kriegsanleihe in den Händen kleiner Leute sind, die ein Staatsbankrott in das Lager der sozialen Anarchie treiben würde, und das ganze deutsche Wirtschaftsleben auf Kredit aufgebaut ist, so würde ein Staatsbankrott den völligen Zusammenbruch sozial und politisch zur Folge haben.

Die Ausführung des Friedensvertrages in der jetzt vorliegenden Form wird die deutsche Finanzwirtschaft noch weiter gefährden. Geht man von einer rein finanziellen Belastung von nur 60 Milliarden Mk. Gold durch den Friedensvertrag aus, so würde ein Haushalt von vier Köpfen etwa 40 000 Mark schulden, das macht den Satz von 6 Prozent 2400 Mark im Jahre. Da die heutige Besteuerung bereits einen Bedarf von über 30 Milliarden Mark im Jahre vorsieht, würde der Haushalt von vier Personen unter den bestehenden Voraussetzungen mit Jahresleistungen von 4400 Mk. belastet sein. Dabei hatten im Jahre 1918 81,21 Prozent der preußischen Steuerzahler ein Einkommen von nicht über 3000 Mark. Insgesamt würden mindestens 2,4 Milliarden Mark Gold oder 24 Milliarden Mark Papier das deutsche Budget belasten. Das kann unter den heutigen Verhältnissen nur dadurch geschehen, daß die deutsche Regierung neue schwebende Schulden ausgibt.

Die Zerrüttung des deutschen Finanzwesens ist das naturgemäße Ergebnis des Krieges und seiner Folgen. Ohne wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Völkern kann Deutschland weder sein Wirtschaftsleben aufbauen noch seine Finanzen ordnen. Ohne Ordnung seiner Finanzen ist die pünktliche Erfüllung seiner Verpflichtungen unmöglich. Wird Deutschland seine wirtschaftliche Bewegungsfreiheit wiedergegeben, dann ist zu hoffen, daß sein arbeitsgewohntes Volk alle Kräfte zum Wiederaufbau seines wirtschaftlichen Lebens einsetzen wird.

Die Denkschrift über die Steuerbelastung.

Sie unterrichtet über die Entwicklung der Reichssteuern während des Krieges bis zum Abschluß der Reform des direkten Abgabensystems. Sie zeigt, auf welche Weise Deutschland versucht, einen eigenen Bedarf an Steuern von annähernd 82 Milliarden Mark durch laufende Steuern zu befriedigen. Die Denkschrift betont, daß schon vom fiskalischen Standpunkt aus dieser ungeahnt hohe Bedarf zu einem Steuerdruck führen müßte, der bis an die Grenze des überhaupt Möglichen reichen würde. Dies gegenüber einer Wirtschaft, die durch den Krieg an Rohstoffen und Gütern verarmte, deren Ernährungsgrundlagen durch die großen Gebietsabtretungen empfindlich geschwächt wurden und der durch den Waffenstillstand und Friedensvertrag gewaltige Lieferungen auferlegt wurden. Hierzu kam, daß das deutsche Wirtschaftsleben nach Frie-